

Betreff:

Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention
- Geänderter Antrag der Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.11.2020
zur Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 1. Dezember 2020 -

Antragstext:

Seit dem 1. Februar 2018 ist das "Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Gewalt sowie häuslicher Gewalt" ("Istanbul-Konvention") im Rang eines Bundesgesetzes in Kraft. Der Inhalt der Konvention, die auch von Deutschland bereits 2011 in Istanbul unterzeichnet wurde, ist schon lange bekannt; ebenso die Pflichtmaßnahmen für die Kommunen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat bereits im Vorfeld der Unterzeichnung des Vertrages es als ihre Verpflichtung angesehen, Maßnahmen umzusetzen, die im Pflichtkatalog enthalten sind: Frauenhäuser, Beratungsstellen für Frauen und Mädchen, Präventionsmaßnahmen, medizinische Erstversorgung von Gewaltopfern - um nur einige zu nennen. Die Initiative zur Vorbereitung und Umsetzung dieser Maßnahmen gingen oftmals von der Kommunalen Frauenbeauftragten aus, wurden von den frauenpolitischen Sprecherinnen der Kooperation und anderen Fraktionen sowie Fachfrauen und Vereinen begleitet bzw. als Forderungen unterstützt. Aber das reicht nicht aus, um die noch ausstehenden Maßnahmen in Angriff zu nehmen, vorzubereiten und umzusetzen - auch mit Hilfe des Stadtparlaments.

Gemäß Artikel 10 des "Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Gewalt sowie häuslicher Gewalt" (im Sprachgebrauch: "Istanbul-Konvention") ist es erforderlich, eine ständige Koordinierungsstelle zur Erhebung von Daten der Gewalt an Frauen* und Mädchen* inkl. häuslicher Gewalt sowie zur finanziellen und personellen Bedarfsanalyse für entsprechende Maßnahmen i. S. d. Istanbul-Konvention.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Sind bereits Gespräche geführt wurden hinsichtlich der Einrichtung einer Ko-ordinierungsstelle?
2. Wie weit ist der Stand der Vorbereitungen bezüglich der Einrichtung einer Koordinierungsstelle?
3. Soll die Koordinierungsstelle im Referat der Kommunalen Frauenbeauftragten angesiedelt werden - was durchaus denkbar wäre aufgrund der bisherigen Vorleistungen?
4. Wie würde die personelle Ausstattung dann aussehen?
5. Wie ist die Situation in vergleichbar großen Städten in Hessen - insbesondere hinsichtlich der Einrichtung der Koordinierungsstelle sowie der personellen und räumlichen Ausstattung?

Wiesbaden, 26.11.2020

Antrag Nr. 20-F-21-0056
SPD + CDU + Grüne

Anita Hebenstreit
Fachsprecherin
(SPD)

Silas Gottwald
Fraktionsreferent

Sofia Karipidou
Fachsprecherin
CDU

Dr. Karina Strübbe
Fraktionsreferentin

Gabriela Schuchalter-Eicke
Fachsprecherin
Bündnis 90/ Die Grünen

Julia Beltz
Fraktionsreferentin